

nerzeit der ERG eine wesensfremde Aufgabe überbürdet; der Ständerat habe einen Buchhalterentscheid gefällt, anders könne die Streichung des 900-Millionen-Betrages nicht bezeichnet werden. Wörtlich fügte er bei: «Ob wir nun die 900 Millionen Guthaben weiterschreiben oder aber streichen, ändert an der grundsätzlichen Situation nichts.» Mehr Gewicht hat der Kommissionssprecher dann allerdings der Referendumsdrohung zugemessen, die im Anschluss an unseren Entscheid ausgesprochen wurde. Dies hat den Nationalrat offensichtlich bewogen, seine Gunst der bundesrätlichen Vorlage zuzuwenden.

In der Sache selbst sind sich die beiden Räte grundsätzlich einig. Ob wir uns so oder anders entscheiden, ändert an der Sache nichts. Folgen wir aber dem Nationalrat, schliessen wir mit aller Wahrscheinlichkeit ein Referendum aus.

Ich lege Wert darauf zu betonen, dass der Beschluss des Ständerates nicht ein Geschenk an die Wirtschaft war, wie man uns vorgeworfen hat. Vielmehr sind die Währungsverluste auf die von der ERG in den Jahren 1973 bis 1985 gewährten Währungsgarantien zurückzuführen. Dies wiederum beruhte auf einem Beschluss des Parlamentes, weshalb wir in der Aussenwirtschaftskommission ursprünglich davon ausgegangen sind, dieser Fehler sollte mit der Streichung der Währungsverluste als Ganzes korrigiert werden.

Die Aussenwirtschaftskommission vertritt heute einhellig die Auffassung, dass es sinnlos wäre, über das Problem der Entlastung der Exportrisikogarantie noch ein langes Differenzbereinigungsverfahren durchzuführen, insbesondere weil so oder so an der Situation nichts zu ändern ist. Dies ist denn auch der Grund, dass Ihnen die Aussenwirtschaftskommission einstimmig vorschlägt, zum ursprünglichen Beschluss des Bundesrates zurückzukehren, diesen *in globo* zu genehmigen und so die Differenz zum Nationalrat ein für allemal aus der Welt zu schaffen.

Angenommen – Adopté

90.051

Efta-Entwicklungsfonds für Jugoslawien

Fonds de développement de l'AELE en faveur de la Yougoslavie

Botschaft und Beschlussentwurf vom 22. August 1990 (BBI III, 497)
Message et projet d'arrêté du 22 août 1990 (FF III, 477)

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Schönenberger, Berichterstatter: Seit 1976 besteht ein Efta-Fonds für die Entwicklung der Industrie in Portugal, mit dem gute Erfahrungen gemacht worden sind. Dies veranlasste die Efta-Staaten im Dezember 1989 auf Vorschlag der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Jugoslawien eine ähnliche Unterstützung zu gewähren. Mit diesem Instrument sollen Investitionsvorhaben, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, zur Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft finanziert werden. Ferner sollen mit dem Fonds der Handel sowie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Jugoslawien und den beitragenden Staaten gefördert werden.

Die Efta-Staaten erwarten damit den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes Jugoslawien. Das Abkommen ist dank der besonderen Beziehungen zustande gekommen, welche Jugoslawien seit Ende der sechziger Jahre zu den Efta-Staaten unterhält.

Im Januar 1990 hat das jugoslawische Parlament in einer Erklärung über die Integration Jugoslawiens in Europa den

Wunsch ausgesprochen, mit der Efta ein bilaterales Freihandelsabkommen abzuschliessen oder der Assoziation als vollberechtigtes Mitglied beizutreten. Der geplante Fonds soll 100 Millionen Dollar umfassen. Der Bundesrat ist daher zu ermächtigen, zu diesem Zweck einen Kredit in der Höhe von 29,82 Millionen Dollar, d. h. rund 45 Millionen Franken – die Berechnung erfolgt am Tag des Inkrafttretens –, bereitzustellen. Im Laufe der ersten fünf Jahre des Bestehens des Fonds sollen fünf gleiche Jahresraten, erstmals abrufbar im Jahre 1991, geleistet werden.

Die Verpflichtung der Schweiz beläuft sich also auf fünf Mal rund 5,9 Millionen Dollar oder 8,9 Millionen Franken. Bei Inkrafttreten des Statutes werden die 100 Millionen US-Dollar übrigens zu den geltenden Wechselkursen in Ecu umgetauscht. Die Beiträge der Efta-Staaten werden im sechsten Jahr und in jedem folgenden Jahr mit 3 Prozent jährlich am Ende jedes Jahres verzinst. Spätestens nach 25 Jahren ist die Rückzahlung der Beiträge fällig. Falls die wesentlichen Ziele bei der Rückzahlung nicht eingehalten werden sollten, etwa infolge einer Verschlechterung der innenpolitischen Lage des Landes, würden die Operationen eingestellt.

Die einstimmige Kommission beantragt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und dem Bundesbeschluss über die Beteiligung der Schweiz am Efta-Entwicklungsfonds für Jugoslawien zuzustimmen.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes

29 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

90.041

Institut für Viruskrankheiten in Mittelhäusern. Zusatzkredit

Institut pour les maladies à virus à Mittelhäusern. Crédit supplémentaire

Botschaft und Beschlussentwurf vom 30. Mai 1990 (BBI II, 1483)
Message et projet d'arrêté du 30 mai 1990 (FF II, 1407)

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Rhyner, Berichterstatter: Am 17. März 1986 sind für den Neubau eines Eidgenössischen Institutes für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe in Mittelhäusern, Gemeindegebiet Köniz, 46,1 Millionen Franken bewilligt worden. Heute wird um ei-

nen Zusatzkredit von 14,7 Millionen Franken nachgesucht. Verschiedene Umstände haben zu dieser Situation geführt.

Einmal liegt die Planung dieses Bauvorhabens um mehr als zehn Jahre zurück. Für die Baubotschaft vom 8. Mai 1985 ist ein Kostenvoranschlag aus dem Jahre 1979, aufgerechnet nach dem Zürcher Wohnbaukostenindex, zugrunde gelegt worden. Zum anderen verzögerte sich der Baubeginn um Jahre. Erst im Frühjahr 1989 konnte mit den eigentlichen Bauarbeiten begonnen werden. Diese Verzögerung von annähernd vier Jahren hat das Bauvorhaben bereits verteuert, wobei zu erwähnen ist, dass die Terminabläufe von den Baufachorganen nicht beeinflusst werden konnten. Es waren vielmehr die äusserst sensiblen Reaktionen in der Umgebung dieses Projektes, welche die erwähnten Verzögerungen, bedingt durch zahlreiche zusätzlich verlangte Auflagen im Verlauf des Baubewilligungsverfahrens, zur Folge hatten.

Im Februar 1988 ordnete der Kanton Bern zudem noch eine Umweltverträglichkeitsprüfung an. Das langwierige Bewilligungsverfahren wie auch die UVP waren Mitverursacher der Bauverzögerungen. So liegt allein die für diese Zeitspanne zu berücksichtigende Teuerung bei über 9,3 Millionen Franken. Kostenwirksam sind aber auch die zahlreichen Auflagen bezüglich Umweltschutz und Energiesparmassnahmen. Um davon nur einige wenige zu nennen: zusätzliche Aufwendungen für Sparmassnahmen im Energiebereich wie Abschaltbarkeit und Einzelraumregulierung, WRG-Anlagen für Raumbeleuchtungen im Betrag von 1,6 Millionen Franken; die Feuerungsoptimierung der Kesselanlagen und die bereits während der Beratung im Nationalrat verlangte Holzschnitzelheizung 600 000 Franken Mehrkosten; Massnahmen für Gewässerschutz, und zwar intern wie extern, über normale Begriffe hinaus 910 000 Franken; Ausarbeitung der Umweltverträglichkeitsprüfung 90 000 Franken; Kubusvergrösserungen, mehrheitlich bedingt durch grössere biologische Sicherheit der Anlage, 1,5 Millionen Franken. Diese Aufzählungen könnten erweitert werden.

Erwähnen möchte ich einzig noch die Bauteuerung vom Baubeginn Frühjahr 1988 bis Bauvollendung im nächsten Frühjahr. Sie dürfte sich in der Grössenordnung von 2,5 Millionen Franken bewegen.

Die Kommission hat an ihrer ersten Sitzung von den Baufachorganen einen Zusatzbericht mit einer detaillierten Aufstellung all dieser Aufwendungen verlangt. Diese Zusammenfassung zeigt, dass allein im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens für Energiesparmassnahmen 1,657 Millionen Franken, durch UVP und biologische Sicherheit bedingte Aufwendungen 5,214 Millionen Franken und für zusätzlichen Personalschutz 599 000 Franken zusätzliche Kosten entstanden sind. Gesamthaft belaufen sich die Mehrkosten für bauliche Aufwendungen auf total 8,862 Millionen Franken.

Aufgrund dieser Kostenentwicklung wurde in insgesamt 13 Positionen aber auch nach Einsparungen gesucht. Ich zähle sie nicht einzeln auf, es sei denn, es werde gewünscht. Es wurden Minderkosten von 6,167 Millionen Franken erreicht, so dass schlussendlich ein Zusatzkredit von 14,7 Millionen Franken zu bewilligen ist.

Das Bauvorhaben ist im Rohbau fertig, und zurzeit arbeitet man am Innenausbau. Namens der einstimmigen Kommission beantrage ich Eintreten und Zustimmung zu diesem Zusatzkredit von 14,7 Millionen Franken.

M. Roth: L'Institut fédéral pour les maladies à virus a nécessité un crédit d'ouvrage de 46 millions de francs. On nous demande maintenant une rallonge de l'ordre de 15 millions, due au renchérissement intervenu depuis le début du projet et à des dépenses supplémentaires.

Devant cette situation – le président vous l'a dit tout à l'heure – la commission a étudié ce dossier de façon très minutieuse et elle s'est fait remettre un rapport complémentaire très fouillé qui étayait ces dépassements importants, avant d'arrêter son préavis à l'intention de notre conseil. La commission vous recommande donc d'entrer en matière et de voter le crédit supplémentaire. Je vous fais d'ailleurs la même recommandation, mais je ne voudrais pas laisser passer cet objet sans vous livrer les réflexions suivantes.

L'Institut fédéral pour les maladies à virus est sans conteste un instrument très précieux du point de vue de la science vétérinaire. Il coûte cependant assez cher, 60 millions de francs. Il est appelé à remplacer des prestations assez désuètes de l'Institut vaccinal de Bâle. Il est conçu selon les développements les plus récents de la science et il nécessitera sans doute l'engagement d'une vingtaine de collaborateurs si ce n'est pas davantage.

Dès lors, je constate que l'on n'a pas beaucoup hésité ni reculé devant aucun sacrifice, tant sur le plan financier que sur l'engagement du personnel pour cet institut de Mittelhäusern. On n'a pas noté non plus de gros inconvénients à ce qu'un tel institut soit implanté dans la périphérie bernoise, c'est-à-dire hors de la proximité immédiate de l'Office fédéral de la santé publique et de l'Office fédéral vétérinaire. Pour ma part cela ne me dérange pas du tout. Je voudrais simplement rappeler ici que, lorsque j'ai proposé la création d'un Institut fédéral de chimie analytique et d'hygiène par voie de motion, le Conseil fédéral s'y est opposé pour une raison de coût et au nom du blocage du personnel. Y aurait-il donc deux doctrines en cette matière? L'Institut de maladies à virus, pour lequel nous votons une rallonge de 15 millions de francs après un premier engagement de 46 millions, servira principalement au diagnostic des maladies animales hautement contagieuses. L'Institut de chimie et d'hygiène servait à protéger la santé des consommateurs par la création de méthodes d'analyses uniformes, pour éviter des disparités notoires entre les laboratoires cantonaux en cas de crise; on se rappelle notamment les listérias et le veau aux hormones.

Ma question au Conseil fédéral est donc la suivante: est-ce que la santé des animaux serait peut-être plus importante que celle des humains? Heureusement, dans sa grande sagesse, et contrairement d'ailleurs: à l'avis du Conseil fédéral, le Conseil des Etats a approuvé cette motion qui demandait la création de cet Institut fédéral de chimie analytique appliquée pour la santé des gens. J'espère, pour ma part, que le Conseil national suivra également cette proposition.

Je tenais à relever ce fait d'abord pour rendre hommage *a posteriori* à la clairvoyance de notre conseil d'avoir accepté cette motion et, ensuite, pour demander au Conseil fédéral d'unifier sa doctrine dans cette matière. Je l'ai dit au début de mon exposé, je voterai naturellement l'entrée en matière et le crédit supplémentaire qui nous est demandé pour cet institut de Mittelhäusern.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je tiens à remercier tout d'abord le président rapporteur de son intervention, qui explique les motifs de ce renchérissement assez important. Si je tire un enseignement aujourd'hui de ce cas, c'est pour tenter d'éviter qu'il ne se reproduise à l'avenir. J'observe parmi les causes de ce renchérissement tout d'abord le fait que les études avaient été établies par les services fédéraux en 1979 déjà, et que le projet de message n'a été soumis aux Chambres fédérales qu'en 1985. Entre-temps, six ans se sont écoulés et l'on a purement et simplement actualisé les coûts dans le message de 1985, en appliquant aux prix appliqués en 1979 les hausses intervenues dans l'indice des prix à la construction. Cette méthode n'est pas satisfaisante lorsque cela porte sur un temps aussi long. Il y a lieu de faire des recalculations. Si l'on avait pratiqué ces recalculations à l'époque, on aurait certainement indiqué d'autres prix, plus élevés en 1985, car il y a eu des matériaux, comme l'acier dont il est fait abondamment usage dans cette construction, qui ont connu une hausse des prix largement supérieure à la moyenne que révèle l'indice des prix à la construction.

Une deuxième explication de cette hausse tient au fait qu'il a fallu, aux autorités d'application du droit des constructions, singulièrement à la commune sur laquelle est implantée cette installation, des délais extraordinairement longs pour délivrer l'autorisation de construire. Les recours de nombreux milieux, écologistes en particulier, se sont accumulés sur la route de ce dossier, en sorte qu'il a fallu 24 mois à l'autorité concédante pour délivrer le permis de construire, 24 mois pendant lesquels les prix à la construction ont aimablement galopé vers

des sommets. Nous n'avons donc pu commencer la construction qu'en avril de l'année dernière.

Mais la facture qui nous était proposée, lorsque l'on a procédé aux recalculations, s'est révélée beaucoup plus considérable que les 14 millions que nous vous présentons. Nous avons alors demandé un nouveau coup de rabot à nos services. Celui-ci a été apporté, comme quoi il était salutaire de ne pas enregistrer purement et simplement les propositions de hausses qui nous étaient faites et, lors de cet examen, une des cellules a pu être évitée, il s'agit de la production de vaccins anti-aphteux. Il est apparu que nous pouvions, compte tenu de la science dans ce domaine, faire *in extremis* l'économie de cette construction d'où une économie de l'ordre de 1,450 million de francs. Bref, au total, après cet examen serré, et votre commission a pu s'en rendre compte lors de la consultation du rapport complémentaire que nous lui avons fourni, nous sommes arrivés à un prix qui est calculé juste et je suis heureux qu'à l'unanimité, dans le cadre de la commission, vous ayez reconnu le bien-fondé de la proposition que vous fait le Conseil fédéral.

On me pose une question aimable du côté du député du Jura, quant à savoir si le Conseil fédéral, dans cet ordre de civilisation où beaucoup de valeurs sont inversées, accorderait plus d'importance aux petites bêtes qu'aux bonnes gens, et si, dans son jugement des valeurs, la santé des animaux prendrait le pas sur la santé des êtres humains. Il est bien clair que la santé des uns et des autres nous préoccupe, mais il se trouve qu'en matière de santé des animaux les dispositions du droit applicables en Suisse font obligation essentiellement à la Confédération de prendre en compte ces éléments, ce qu'elle a fait en vous proposant la construction de cette nouvelle institution en 1985: la loi sur les épizooties, telle qu'elle existe actuellement en son article 42, obligeait le Conseil fédéral à faire des propositions pour la mise sous toit d'une institution de recherche. C'était un devoir légal auquel le Conseil fédéral ne pouvait pas échapper puisqu'il avait été créé par vous, Mesdames et Messieurs les parlementaires.

Tout autre est la situation de la santé humaine puisque pour l'hygiène des denrées alimentaires, ce sont essentiellement les cantons qui assument la responsabilité, comme pour la santé publique, de sorte qu'il paraissait possible à la Confédération de s'éviter la construction d'un institut de chimie analytique appliquée pensant que, grâce notamment à des ententes intercantionales, cette tâche pourrait être assumée par les cantons, à charge pour la Confédération, le cas échéant, d'un appui financier sous la forme de subventions.

Le Conseil des Etats l'entend autrement, puisque cette motion a été acceptée au corps défendant du Conseil fédéral. Il faudra voir en effet ce que le Conseil national décidera et si le Conseil fédéral, comme cela lui arrive assez souvent ces derniers temps, se trouvera ainsi contraint à une dépense qu'il souhaitait éviter, du moins partiellement. Au total, il ne s'agit donc pas du tout d'une hiérarchie dans la valeur que nous accordons à la santé humaine par rapport à la santé animale, il s'agissait d'une pure affaire d'organisation intérieure et de répartition des compétences entre cantons et Confédération. Le souci de la Confédération en ce qui concerne la santé humaine est donc intégral, vous le voyez, et nous constatons que cette santé, qui est souvent soumise à rude épreuve dans le monde moderne, doit être recherchée et défendue par tous les moyens scientifiques possibles et imaginables.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes

31 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

90.366

Interpellation Zimmerli Militärpferdeanstalt. Verlegung Transfert du Dépôt fédéral des chevaux de l'armée

Wortlaut der Interpellation vom 8. Februar 1990

Der am 25. Januar 1990 bekanntgegebene Entscheid des Bundesrats, die Eidgenössische Militärpferdeanstalt (Empfa) mit dem Eidgenössischen Gestüt in Avenches zusammenzulegen, hat bei den betroffenen Mitarbeitern des Eidgenössischen Militärdepartements, bei den Behörden von Kanton und Stadt Bern sowie in einer breiten Öffentlichkeit Verwunderung und Enttäuschung ausgelöst.

Ich ersuche deshalb den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Bestehen zwingende militärische Gründe für den Verlegungsentscheid, oder beruht dieser ausschliesslich auf verwaltungsökonomischen Gründen?
2. Soll die Tätigkeit der Empfa in Avenches eingeschränkt werden? Wenn ja: warum und in welchem Umfang? Wenn nein: welche Kosten verursacht die Verlegung der Empfa, und wann gedenkt der Bundesrat, beim Parlament um die erforderlichen Kredite nachzusuchen?
3. Besteht zwischen der Verlegung der Empfa und dem Weiterbestand der Train-Truppen ein Zusammenhang? Wenn ja: welcher?

Texte de l'interpellation du 8 février 1990

Le Conseil fédéral a fait connaître le 25 janvier 1990 sa décision de réunir le Dépôt fédéral des chevaux de l'armée (DFCA) avec le haras fédéral d'Avenches: le personnel concerné du Département militaire fédéral, les autorités du canton et de la ville de Berne ainsi que de larges cercles de la population en ont été surpris et déçus.

Je prie le Conseil fédéral de bien vouloir répondre aux questions suivantes:

1. Cette décision de transfert se fonde-t-elle sur des raisons militaires sérieuses ou exclusivement sur des motifs de gestion administrative?
2. Les activités du DFCA à Avenches seront-elles réduites? Dans l'affirmative, pourquoi et dans quelle mesure? Dans la négative, quels frais le transfert du DFCA va-t-il entraîner et quand le Conseil fédéral pense-t-il demander les crédits nécessaires au Parlement?
3. Y a-t-il un rapport entre le transfert du DFCA et le maintien des troupes du train? Dans l'affirmative, lequel?

Mitunterzeichner – Cosignataire: Hänsenberger (1)

Zimmerli: Am 25. Januar dieses Jahres überraschte der Bundesrat Stadt und Kanton Bern mit der Nachricht, die Eidgenössische Militärpferdeanstalt (Empfa) werde in Kürze mit dem Eidgenössischen Gestüt in Avenches zusammengelegt. Dieser Entscheid stiess nicht nur bei den bernischen Behörden, sondern auch bei einer breiten Öffentlichkeit auf Verwunderung und Enttäuschung. Dass die Empfa – praktisch genau 100 Jahre nach ihrer Gründung als Trägerin einer unbestritt-

Institut für Viruskrankheiten in Mittelhäusern. Zusatzkredit

Institut pour les maladies à virus à Mittelhäusern. Crédit supplémentaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.041
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.11.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	883-885
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 482

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.